

100/100

DER BUNDESBEAUFTRAGTE  
Ministerium für Wissenschaft und Kunst  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Zentralarchiv -

MfS Zentralarchiv  
Allg. S 109/65  
Band 1X

109/65

Kopie BStU  
AR 3

Berlin, den 18.5.1956

384

BSIU  
000229

D i r e k t i v e  
=====

Die anhaltende illegale Abwanderung von Bürgern aus der DDR nach Westdeutschland zeigt, daß der Republikflucht allgemein noch zu wenig Bedeutung beigemessen wird und die Ursachen und Methoden, die zur Republikflucht führen, zu wenig ermittelt und bekämpft werden.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß der Gegner planmäßig versucht, die fehlenden Fachkräfte für die Aufrüstung und Remilitarisierung Westdeutschlands aus der Deutschen Demokratischen Republik abzuziehen, um dadurch gleichzeitig das Tempo des Aufbaus des Sozialismus in der DDR zu verlangsamen.

Daher sind von den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen auf der Grundlage einer ständigen Einschätzung der Ursachen und Feindmethoden sofort geeignete Maßnahmen zur Einschränkung der Republikflucht zu ergreifen oder in Zusammenarbeit mit anderen offiziellen Stellen einzuleiten.

Die Werbungen von GI und GM - vor allem in den Schwerpunkten - sind in dieser Richtung zu verstärken und vorhandene Verbindungen maximal auszunutzen.

I. In die Quartals- und Monatspläne sind den konkreten örtlichen Bedingungen entsprechend folgende Maßnahmen aufzunehmen und auf den jeweiligen operativen Linien bzw. in Zusammenarbeit mit anderen offiziellen Stellen durchzuführen.

1. Vorgänge von direkten Abwerbungen im Auftrage feindlicher Zentralen und Konzerne sind vorrangig zu bearbeiten und beschleunigt zum Abschluß zu bringen. Die Möglichkeit der publizistischen Auswertung ist zu prüfen.

2. Personen, die durch Verherrlichung des Westens oder durch sonstige Beeinflussung Anlaß zu Republikfluchten geben, sind operativ zu bearbeiten, wobei nach Lage des Falles offiziellen Stellen (Parteileitung, FDJ-Leitung, Kaderleiter) Hinweise zu agitatorischen oder kaderpolitischen Maßnahmen gegeben werden können. Hierbei sind die Möglichkeiten der erzieherischen und aufklärenden Einwirkung auf schwankende und unzufriedene Werktätige sorgfältig zu beachten.
3. Zur Bekämpfung der "Anschreibemethode" hat die Abteilung M alle Abwerbebriefe, Werbeprospekte, Stellenangebote und Briefe, die auf geplante oder vollzogene Republikfluchten hindeuten, anzuhalten und den zuständigen operativen Abteilungen schnellstens zuzuleiten.  
Das M-Material ist ferner zur Analyse der Ursachen und Feindmethoden zahlenmässig zu erfassen und auszuwerten. Erkannte Abwerbezentralen sind zu registrieren.
4. Mit Personen, die beabsichtigen die DDR illegal zu verlassen sind Aussprachen - möglichst durch offizielle Stellen - zu führen; um sie von ihrem Vorhaben abzubringen.
5. Personen, die ihren Entschluß, nach Westdeutschland zu gehen nicht aufgeben, sind in geeigneten Fällen anzuwerben mit dem Ziel, daß sie in den westdeutschen Flüchtlingslagern darüber berichten und somit Mißtrauen gegen die Republikflüchtigen schaffen.
6. Hinweise (z.B. von Abt. M oder von GI und GM) über Mißstände und Fehler in Betrieben, Verwaltungen und Schulen, die Ursachen für die Republikflucht sein können, sind den zuständigen offiziellen Stellen unter Einhaltung der Konspiration zu geben, damit von diesen die Beseitigung der Mängel eingeleitet werden kann.

BSU  
000228

386

7. Tagungen und Kongresse in Westberlin und Westdeutschland sind durch qualifizierte GI und GM zu beschicken, um festzustellen, welche Organe sich mit dem planmäßigen Abzug von Wissenschaftlern, Angehörigen der Intelligenz und anderen Fachkräften aus der DDR befassen. Diese Tagungen sind von den GI und GM zum Eindringen in Abwerbezentralen auszunutzen, um die Absichten des Gegners rechtzeitig zu erkennen.
8. Die feindlichen Geheimdienste und Agentenzentralen, die sich mit Abwerbungen befassen, sind operativ zu bearbeiten. Dazu sind durch GM, GI, Rückkehrer und sonstige Quellen Materialien zu beschaffen, die ein Eindringen in die Feindagenturen ermöglichen und Aufschluß über Feindpläne geben. Ebenso sind Materialien zu sammeln, die den Mißbrauch der Flüchtlinge zu Agentendiensten beweisen.
9. Gegen Angestellte vorgenannter Dienststellen ist kompromittierendes Material zu schaffen, um es zu veröffentlichen oder operativ zur Anwerbung derselben zu verwenden.
10. Die Flüchtlingslager in Westdeutschland und Westberlin sind operativ zu bearbeiten mit dem Ziel, die Lagerleitungen zu zersetzen und unter den Insassen größere Gruppen für die Rückkehr in die DDR zu gewinnen. Geeignetes kompromittierendes Material über die Zustände und Personen in den Lagern und anderes Propagandamaterial kann konspirativ eingeschleust werden. Bei der Rückkehr größerer Gruppen von Republikflüchtigen muß deren ordnungsgemäße Unterbringung sowie ihr Arbeitseinsatz gewährleistet sein.

BSU  
000229 387

11. Die Rückkehrerlager in der DDR sind verstärkt zu bearbeiten, um Material über Abwerbungen durch feindliche Geheimdienste, Agentenzentralen, Konzerne und andere Dienststellen zu bekommen. Besonders sind dabei die Feindmethoden zu studieren. Es sind Adressen von Feindzentralen, Personenbeschreibungen von Agenten und kompromittierendes Material zu beschaffen. Interessant sind alle Materialien, die eine operative oder agitatorische Auswertung zulassen.
  
12. In den Rückkehrerlagern sind in Verbindung mit staatlichen und interessierten wirtschaftlichen Institutionen Rückkehrer zu veranlassen, freiwillig an Republikflüchtige in westberliner oder westdeutschen Lagern und an westdeutsche Bürger zu schreiben, um sie zur Übersiedlung zu bewegen.  
  
In Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Organisationen (Parteileitungen, Nationale Front u.a.) soll geeignetes Propagandamaterial, z.B. Erklärungen unserer Regierung über straffreie Rückkehr, an Republikflüchtige geschickt werden.
  
13. Rückkehrer und Asylsuchende sind aufzufordern, freiwillig Erklärungen über Verhältnisse in Westdeutschland, über Ausnutzung der Flüchtlinge zu Spionagezwecken und besondere Vorkommnisse in den Lagern, die sich zur Veröffentlichung eignen, abzugeben. Solche Erklärungen sind mit dem Einverständnis des Rückkehrers der Presse oder gesellschaftlichen Organisationen zur Veröffentlichung zu übergeben.  
  
Die agitatorische Auswertung kann auch direkt mit gesellschaftlichen Organisationen vereinbart und später an der Arbeitsstelle des Rückkehrers wiederholt werden.

14. Anzeichen, daß Rückkehrer und Asylsuchende ungesetzlich oder bürokratisch von Verwaltungsstellen behandelt werden, sind den zuständigen Parteileitungen mitzuteilen und auszuwerten.
15. Verdächtige Rückkehrer und Asylsuchende sind entsprechend der Dienstanweisung 21/53 abwehrmäßig zu bearbeiten. Durch operatives Eindringen in Flüchtlingslagern und Feindzentralen ist vorbeugend zu arbeiten.
16. Grundlage für die politisch richtige Durchführung der Maßnahmen von 1. - 15. ist die verantwortungsbewusste ständige Einschätzung der Ursachen der Republikflucht und der Feindmethoden.  
Besonders zu beachten ist dabei die Frage der Intelligenz der Facharbeiter und der Jugend.  
Die Materialien sind den inoffiziellen Berichten aus den Objekten und Feindzentralen, dem M-Material, den Vernehmungen Beschuldigter und Zeugen, den Erklärungen von Rückkehrern und auch offiziellen Quellen zu entnehmen.  
Monatlich einmal ist in den Bezirksverwaltungen, Kreisdienststellen und Objekten eine Analyse der Ursachen und der Feindmethoden vorzunehmen.
17. Materialien, die die Wirksamkeit von Maßnahmen, die von anderen offiziellen Stellen gegen die Republikflucht ergriffen werden (z.B. Einschränkung der Ausgabe von PM 12a, verstärkte Kontrolle, Rücksprachen u.a.), charakterisieren, sind ebenfalls bei der Einschätzung zu berücksichtigen.

## II. Berichterstattung

Die Kreisdienststellen und Abteilungen der Bezirksverwaltungen geben monatlich eine Einschätzung ihres Verantwortungsbereiches an die Informationsgruppen der Bezirksverwaltungen nach folgenden Punkten:

- a) Umfang und Schwerpunkte der Republikflucht,
- b) festgestellte Ursachen und Feindmethoden,
- c) eingeleitete operative Maßnahmen und deren Ergebnisse, z.B. Vorgänge wegen Abwerbung,
- d) gemeinsame Maßnahmen bzw. Hinweise an offizielle Stellen und deren Auswirkung,
- e) Auswirkungen anderer Maßnahmen von offiziellen Stellen,
- f) Rückkehrer und Asylsuchende.

Die Informationsgruppen der Bezirksverwaltungen berichten über den Vormonat zusammengefaßt bis zum 20. eines j.Mts. an das Referat III der Abteilung Information des MfS.

Über Republikfluchten von Personen in verantwortlichen Funktionen in Betrieben und Verwaltungen, sowie über Republikfluchten von Angehörigen der Intelligenz wie Wissenschaftler, Techniker, Konstrukteure, Chemiker, Ärzte, Lehrer usw. ist sofort in Form von Spitzenmeldung durch FS zu berichten.

Dasgleiche gilt auch für neu auftretende Schwerpunkte in einzelnen Berufsgruppen und Objekten.

III. Durch diese Direktive werden alle bisher zur Bekämpfung der Republikflucht ergangenen Anweisungen aufgehoben.